

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 88 846-48 ppbn d

Inhalt

34. Jahrgang / 121

28. Juni 1979

Jürgen Egert MdB warnt vor den Überlegungen der FDP zur "Fort-schreibung" des Betriebsverfassungsgesetzes.

Seite 1/2

Martin Schmidt MdB zu den jüngsten EG-Agrarpreisbeschlüssen: Vom Ministerrat mehr Phantasie erwartet.

Seite 3/4

Hermann Granzow, Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, unterstreicht das einheitliche Ziel der europäischen Erziehungsminister: Chancengleichheit für Frauen und Mädchen.

Seite 5/6

Hans-Jürgen Augstein MdB sieht keinerlei Alternative zur Deutschlandpolitik der Koalition.

Seite 7/8

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

Wehret den Anfängen

Zum Beschluß des Bundesparteitages der FDP über die "Fort-schreibung des Betriebsverfassungsgesetzes"

von Jürgen Egert MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Der jüngste FDP-Parteitag hat öffentliches Aufsehen eher durch eigenwillige als eigenständige Beschlüsse verursacht. Die steuerpolitischen Vorstellungen der Liberalen sind von den Steuerpolitikern der SPD schon kommentiert worden. Das heftige öffentliche Echo wird kaum Zufriedenheit bei den Liberalen ausgelöst haben. Man wird sehen, wie sich die steuerlichen Angelegenheiten weiter entwickeln.

Zum Thema Renten ist es der FDP erfolgreich gelungen, die gerade befriedete Diskussion wieder zu beleben und die Betroffenen erneut zu verunsichern. Bei diesem Unternehmen wird es für die FDP kaum Verbündete geben. Die Sozialdemokraten jedenfalls haben keine Veranlassung, zur Unzeit an gesetzlich getroffenen Festlegungen zu rütteln. Gefragt werden muß: Was hat die Parteitagsstrategie der FDP dennoch bewogen, den Streit jetzt anzufangen?

Das öffentliche Aufsehen hat im Schatten gelassen, was der FDP-Parteitag außerdem beschlossen hat. Da wird vornehm als Fortschreibung des Betriebsverfassungsgesetzes umschrieben, was im Ergebnis darauf hinausläuft, die leitenden Angestellten neu zu definieren und die Sprecherausschüsse gesetzlich abzusichern. Die Sozialdemokraten werden nicht zulassen, daß hinter dieser vornehmen Umschreibung gesellschaftspolitischer Rückschritt stattfinden soll.

Aus der Sicht der SPD läßt sich durchaus mit Sinn darüber verhandeln, was geschehen muß, um das Betriebsverfassungsgesetz weiter zu entwickeln. Da kann man daran denken, die Zusammenarbeit der Betriebsräte mit den Gewerkschaften stärker

abzusichern; da ist es durchaus möglich, den Vorrang der gemeinsamen Wahlfestzuschrei-
da kann auch geprüft werden, ob die Wahlvorschriften vereinfacht werden müssen. Denkbar
ist es auch, für die Tätigkeit des Wirtschaftsausschusses eine verbesserte Grundlage zu
schaffen.

Da kann es auch darum gehen, die wirtschaftliche Mitbestimmung der Betriebsräte auf der
betrieblichen Ebene auszubauen; da müßte geprüft werden, ob die Betriebsräte bei Be-
triebsänderungen wirksamere Einflußmöglichkeiten bekommen müßten. Die Mitbestimmung bei
der Planung und Organisation beruflicher Bildungsmaßnahmen sowie deren Gestaltung und
Durchführung ist ebenso zu nennen wie die Mitbestimmung bei allen persönlichen Einzelmaß-
nahmen.

Gleichzeitig denken Sozialdemokraten darüber nach, den Personenkreis der leitenden Ange-
stellten einzuengen und die Einrichtung von Sprecherausschüssen zu verhindern. Dies ge-
schieht nicht aus Jux und Tollerei, etwa um andere zu ärgern, sondern diese Position ist
inhaltlich begründet. Wir wollen die Einheit der Vertretung der Arbeitnehmerinteressen
sichern. Sie zu zersplittern kann nicht im Interesse der Beschäftigten sein. Die Entso-
lidarisierung der Arbeitnehmerschaft im Betrieb ist für die SPD kein Diskussionsthema.
Nun ist es ein offenes Geheimnis, daß die Freien Demokraten seit Jahr und Tag andere Vor-
stellungen haben. Im Wahlprogramm der FDP für die Bundestagswahl 1976 stand geschrieben,
daß die FDP die Sprecherausschüsse im Betriebsverfassungsgesetz gesetzlich verankern
will. Im Herbst des letzten Jahres hat die FDP versucht, mit einer Anhörung das Thema neu
zu besetzen und die öffentliche Diskussion zu beleben. Schon damals war klar, daß damit
versucht wird, die Unionsparteien rechts zu überholen.

Vor fast vier Jahren hat das Bundesarbeitsgericht Sprecherausschüsse grundsätzlich für
zulässig erklärt. Die FDP hat begriffen, daß dies Vertretungsorgane von minderer Quali-
tät sind. Sie hängen zwangsläufig am Gängelband des Arbeitgebers. Das Bundesarbeitsge-
richt hat einschränkend festgestellt, daß der für einen kleinen Personenkreis gebildete
Sprecherausschuß im Gegensatz zum Betriebsrat keine Vereinbarungen treffen kann, die un-
mittelbar Bestandteil einzelner Arbeitsverhältnisse werden. Die Sprecherausschüsse sind
und können also kein Konkurrenzorgan zum Betriebsrat sein und genau diesen Unterschied
will die FDP beseitigen. Dabei - und das sei in allem freimut auch unter Koalitionspart-
nern festgestellt - werden sie die entschiedene Gegnerschaft der SPD finden.

Was die FDP durchsetzen will, hat die Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU bereits in
einen Gesetzentwurf gegossen, ohne daß man bisher übermäßig genug gewesen wäre, den
Deutschen Bundestag damit zu befassen. Die FDP in Konkurrenz mit der Mittelstandsver-
einigung der Union - wo und bei wem soll das wohl zusätzliche Punkte bringen?

Als 1971 das Betriebsverfassungsgesetz verabschiedet wurde, sind politische Kompromisse
gefunden worden. Die gefundene Lösung war in sich ausgewogen. Dennoch muß nicht jede
einzelne getroffene Regelung unbedingt der Weisheit letzter Schluß gewesen sein, zumal un-
terschiedliche Interessen zu berücksichtigen waren. Auf dem Hintergrund der inzwischen
gewonnenen Erfahrung wird und muß die Diskussion konkret geführt werden, wie die Mitbe-
stimmungsgesetze weiter zu entwickeln sind. Dabei sollten leitende Angestellte und sol-
che, die sich dafür halten, nicht unbedingt davon ausgehen, daß sie weiter begünstigt
werden.

Der Jubel der Union der leitenden Angestellten über den Beschluß des FDP-Bundespartei-
tages könnte verfrüht sein und früher oder später im Katzenjammer enden. Die Mitbestimmung
ist dazu da, Arbeitnehmerrechte durchzusetzen. Fortschreiben kann man deshalb auch nur
Arbeitnehmerrechte, alles andere wäre ein Etikettenschwindel, für den sich eine sozial-
liberale Koalition zu schade sein sollte. (-/28.6.1979/va-he/ca)



Beim schwierigsten Punkt keine Entscheidung**Brüsseler Preisbeschlüsse lassen Phantasie des Ministerrats missen**

Von Dr. Martin Schmidt MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Es ist halbwegs gutgegangen. Dies ist der Unterton der Kommentare, die aus der Landwirtschaft und anderen Bereichen zum Ergebnis der Brüsseler Preisverhandlungen abgegeben werden. Die Minister sind mit dem Gefühl nach Hause gefahren, an der europäischen Krise bis auf weiteres wieder vorbeigekommen zu sein. Die Verbraucher können die Preisbeschlüsse akzeptieren, weil von den Agrarerzeugnissen als Grundlage der Nahrungsmittelversorgung auch im kommenden Jahr keine Preisauftriebstendenzen ausgehen werden.

Die Bauern hätten sich angesichts der bereits eingetretenen und zu erwartenden Kostensteigerungen stärkere Preisanhebungen für ihre Erzeugnisse gewünscht. Der für die Bundesrepublik Deutschland beschlossene Abbau des Grenzausgleichs um ein Prozentpunkt wird von der 1,5prozentigen Preiserhöhung für alle Hauptprodukte mit Ausnahme der Milch weniger als ein halbes Prozent Anhebung des Preisstützungsniveaus übrig lassen.

Noch einmal aus dem Vollen bedienen könnten sich bei den Preisverhandlungen nur die Briten und etwas weniger auch die Italiener. Die große Differenz zwischen ihren grünen Paritäten und den gemeinsamen Agrarpreisen in Rechnungseinheiten gab ihnen wieder eine komfortable Verhandlungsposition und wird ihren Bauern durch die beschlossene Änderung dieses Verhältnisses zu beachtlichen Erlösverbesserungen verhelfen. In welchem Maße die unterschiedlichen Preisanhebungen in den einzelnen Ländern auch zu Einkommenssteigerungen bei den Landwirten führen, hängt selbstverständlich - wie Bundesminister Ertl richtig gesagt hat - von den weit auseinanderliegenden Inflationsraten und damit zusammenhängenden Kostenentwicklungen ab. Es wäre sicherlich interessant, einmal genauer zu untersuchen, wie angesichts der wesentlich günstigeren Betriebsstruktur in Großbritannien, die reale Einkommensentwicklung in den größeren Ackerbau- und Milchviehbetrieben in diesem Land ist.

Die Kommission wollte ursprünglich zusammen mit der britischen Delegation durchsetzen, daß keine Preisanhebungen beschlossen würden. Sie hatte keinen Erfolg. Damit die französische Präsidentschaft noch ein Ergebnis vorweisen kann, war auf dieser Seite ein Interesse vorhanden, daß sich der Ministerrat wenigstens noch schnell auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigte. Der Versuch, das Milchproblem zu lösen, blieb auf der Strecke. Ich hatte erwartet, daß der Ministerrat in der Lage sein würde, das zur Zeit



agrarpolitisch dringlichste Problem wirksamer anzugehen. Der Ministerrat hat jedoch, indem er sich mit dem Milchmarkt kaum beschäftigte und die Mitverantwortungsabgabe unverändert gelassen hat, die Köpfe einfach in den Sand gesteckt. Die Absichtserklärung, diese Abgabe unter bestimmten Bedingungen später anheben zu wollen, dient in erster Linie wohl der Beruhigung des eigenen Gewissens.

Die Milchproduktion steigt indessen weiter. 1978 hatte sich die Menge um fünf Prozent erhöht, in diesem Jahr wird die Steigerungsrate wieder zwei Prozent betragen. Die Kosten für die Lagerung von Butter und Milchpulver und die Verschleuderung dieser Produkte auf dem Weltmarkt, erhöhen sich somit Monat für Monat weiter. Der Landwirtschaft ist mit dieser Politik nicht gedient. Wenn man nicht in der Lage ist, den Bauern Tatsachen und Konsequenzen vor Augen zu führen, verliert man die politische Glaubwürdigkeit.

Die Milchüberschüsse drücken die Landwirtschaft in der öffentlichen Diskussion an die Wand. Gelingt es nicht, sich durch Wiederherstellung eines größeren Marktgleichgewichts Luft für die Preispolitik zu verschaffen, ist ein stärkerer Dirigismus in Bezug auf die Entscheidungen in den Betrieben die unvermeidliche Folge.

In Anbetracht dieser Aussichten muß der Agrarministerrat mehr Phantasie zur Überwindung der Schwierigkeiten aufbringen, als sie bisher sichtbar geworden ist. Den Bauern in den von Natur benachteiligten Gebieten können keine Einkommensverminderungen abverlangt werden. Diese Möglichkeiten der strukturellen Anpassung sind derzeit begrenzt. Die Einkommen dieser Landwirte weiterhin über die Milchpreispolitik sichern zu wollen, ist kein gangbarer Weg mehr.

Eine stärkere Verlagerung der Verantwortung für den Absatz auf die Milchwirtschaft durch eine Begrenzung der Interventionspflicht für Milchprodukte oder eine spürbare Anhebung der Mitverantwortungsabgabe zur Finanzierung der Absatzförderung von Überschussmengen auf der einen Seite und für eine befristete Zeit ein direkter Einkommensausgleich für die Bauern in den eigentlichen Grünlandgebieten ohne andere Produktionsmöglichkeiten auf der anderen - man muß über diese Alternative zur gegenwärtigen Vogel-Straußhaltung des Ministerrates bei der Milchpolitik ernsthafter nachdenken. (-/28.6.1979/hl/ca)

* * *



Einigkeit bei Europas Erziehungsministern

Chancengleichheit für Frauen - eine Aufgabe der Gesamtpolitik

Von Dr. Hermann Granzow

Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft

Vom 10. bis 13. Juni 1979 tagte in Den Haag die Europäische Erziehungsministerkonferenz; im Mittelpunkt der Beratungen stand das Thema der Bildung und der Chancengleichheit für Mädchen und Frauen.

Die Erziehungsminister waren sich einig über den hohen Rang, der Bildung und Bildungspolitik bei dem Bemühen um Chancengleichheit für Frauen zukommt, wiesen aber gleichzeitig auf die Unwendigkeit hin, die Gesamtpolitik am Ziel der Gleichheit der Chancen und der Lebensbedingungen zu orientieren.

Für die nationale Politik ist die Möglichkeit des internationalen Meinungs- und Erfahrungsaustausches eine wertvolle Bereicherung. Die Bundesrepublik gehört hinsichtlich des bisher erreichten Gleichstellungsniveaus vor allem in der Bildung im europäischen Vergleich zu den fortschrittlicheren Ländern. Angesichts unserer gesamtgesellschaftlichen Möglichkeiten und erheblicher Defizite im Bereich der beruflichen Bildung und Berufsausübung besteht jedoch kein Grund, sich selbstzufrieden auf den Erfolg zum Beispiel der statistisch ausgeglichenen Beteiligung von Mädchen und Jungen in der weiterführenden allgemeinen Bildung auszuruhen.

Zentrale Benachteiligungsdimensionen, die auch in Den Haag herausgearbeitet wurden, erfordern politisches Handeln:

1. Die Gleichheit der formalen Zugangsrechte zu allen Bildungsangeboten ist bei uns und in den anderen europäischen Ländern erreicht. Jetzt kommt es darauf an, die Wahrnehmung dieser Rechte vor allem für den Zugang zur Berufsausbildung - auch außerhalb der sogenannten "Frauenberufe" - in Betrieben und Hochschulen zu fördern. Gute Argumente reichen dazu nicht aus; sie müssen unterstützt werden durch gezielte Regelungen und Programme zur Überwindung von Benachteiligungen.
2. In allen Ländern zeigt sich, daß die Zahl der Frauen mit guter Bildung, die folgerichtig auch einen qualifizierten Arbeitsplatz suchen, steigt. Vor den beschäftigungspolitischen Konsequenzen eines bildungspolitisch gewährten höheren Qualifikationsniveaus von Frauen darf niemand die Augen verschließen. Maßstab für Chancengleichheit ist, ob für die Gesamtheit der Frauen die gleichen Beschäftigungs- und Aufstiegschancen bestehen wie für Männer. Ein paar mehr Frauen, die Spitzenpositionen in Wirtschaft, Verwaltung oder Politik errungen haben, verändern noch nicht die Lebenssituation für die Mehrheit. Der "Konzeptions-Schulze" - so wurde früher in Deutschland der einzige bürgerliche



Offizier genannt, der in einem Regiment diente, dem ansonsten nur Adlige angehörten - ist kein taugliches Modell für eine demokratische Gesellschaft.

3. Mit der Veränderung der Lebensperspektiven und Lebenspläne wird für Frauen, aber auch für manche Männer, die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zum drängenden Problem. Eine konsequente Veränderung der Bildungsinhalte in der Schule mit dem Ziel einer Erziehung von Mädchen und Jungen zum partnerschaftlichen Miteinander in Familie, Beruf und öffentlichem Leben ist überfällig. Heute wird die Beziehung zwischen Familie und Beruf vorwiegend noch als Konflikt erfahren, der im Alltag meist zu Lasten der Frauen ausgetragen wird. Wahlfreiheit bleibt ein Schlagwort, solange die Verhältnisse so sind, daß die "dritte Alternative" - befriedigende Verbindung von Familie und Beruf für Frauen und Männer - Sonderfall und nicht selbstverständliche Möglichkeit ist.

Um dies zu erreichen, müssen sich Veränderungen vollziehen, in der traditionellen Aufgabenzuordnung in der Familie, in der Struktur der täglichen Arbeitszeit und der Lebensarbeitszeit, in Quantität und Qualität des öffentlichen Angebotes ganztägiger Erziehungs- und Bildungseinrichtungen für die Kinder.

4. Schließlich eine Anmerkung: In der Bundesrepublik versuchen sich Konservative von der einst einmütigen Forderung nach Chancengleichheit zu distanzieren und sprechen von "Chancengerechtigkeit". Die europäischen Erziehungsminister machen diesen feinen Unterschied nicht: Für sie bleibt Chancengleichheit das Ziel.

(-/28.6.1979/va-he/ca)

+ + +



Der Kurs der Deutschlandpolitik bleibt richtig

In Übereinstimmung mit den Interessen der Menschen

Von Hans-Jürgen Augstein MdB

Berichterstatler des Haushaltsausschusses für des Bundesministerium
für innerdeutsche Beziehungen

Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR waren im ersten halben Jahr 1979 manchen Belastungen unterworfen. Sie aufzuzählen, ist nicht notwendig; sind doch die verschiedenen Maßnahmen der DDR-Führung, die dem Buchstaben oder zumindest dem Geist bestehender Verträge zuwiderlaufen, allzu deutlich in Erinnerung.

Mit Recht ist in jüngster Zeit auf die Notwendigkeit verwiesen worden, daß Bonn den eingeschlagenen Weg der Entspannung und Normalisierung trotz mancher Rück- und Querschläge beharrlich und konsequent fortsetzt. Daß dies und nichts anderes dem Sinn und Ziel unserer Deutschlandpolitik entspricht, ist im Lauf der Jahre immer wieder überzeugend und dargetan und bewiesen worden. Dennoch kommt es regelmäßig zu kurzatmigen und unüberlegten Forderungen, Bonn solle mit gleicher Münze zurückzahlen, wenn Ost-Berlin entspannungswidrig handelt. Wollte man dies tun, dann würde man nicht nur strategisch und taktisch falsch handeln, sondern auch nicht den Interessen der Menschen in der DDR dienen.

Wer sich in der gegenwärtigen Situation über die politische Stimmung in der DDR kundig zu machen bemüht, der kann konstatieren: Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung drüben anerkennt die bisherigen Ergebnisse der Entspannungspolitik, hofft mit allem Nachdruck auf die Fortsetzung dieser Politik und ist besorgt angesichts der Möglichkeit, die politische Großwetterlage und damit auch die deutsch-deutschen Beziehungen könnten sich verschlechtern. Man ist sich drüben darin einig, daß die Zeche die Bürger zu zahlen hätten.

Dies ist umso bemerkenswerter, als die Grundstimmung in der Bevölkerung bezüglich der allgemein-politischen Atmosphäre und auch bezüglich der materiellen Versorgungslage als so schlecht bezeichnet werden muß, wie seit langem nicht mehr. Die anhaltende Verun-



sicherung der Menschen durch die Änderungen beim Intershop-Einkauf und der anhaltende Ärger über dieses besondere "sozialistische Phänomen" überhaupt sowie die Tatsache, daß Intershop-Fensterscheiben häufig nachts von erbosten DDR-Bürgern eingeschlagen werden, sind einige der vielen Symptome.

Trotzdem dürfte es schwer sein, in der DDR Menschen zu finden, die den Kurs der Entspannung und die Politik der Verträge nicht billigen. In aller Regel stoßen drüben scharfmacherische Parolen, wie sie hier immer wieder zu hören sind, auf völliges Unverständnis. Die sozial-liberale Deutschlandpolitik dagegen besitzt eine breite Resonanz. Auch wenn nach wie vor viele Wünsche, vor allem der nach mehr Freizügigkeit, unerfüllt sind. Aber selbst junge Menschen wissen sehr wohl zwischen der heutigen Situation und der vor zehn Jahren zu unterscheiden. Hier dagegen wird oft allzu sehr vergessen, was seit Beginn des Jahrzehnts erreicht worden ist.

Selbst daß es nicht angeht, DDR-Korrespondenten auszuweisen, wenn Ost-Berlin wieder einmal seine Art von Pressefreiheit unter Beweis gestellt hat, wird drüben ganz klar gesehen. Man weiß, daß der Teufel nicht mit dem Beelzebub auszutreiben ist. Und wirtschaftliche Sanktionen - da ist man sich völlig sicher - müßte der kleine Mann auf der Straße ausbaden.

Aus all dem folgt, daß es den wirklichen Interessen der Menschen drüben eher dient, besonnen und vertragstreu zu bleiben. Die DDR setzt sich mit unüberlegten und panikartigen Maßnahmen derart ins Unrecht, daß ihr internationales Prestige bestimmt nicht gefestigt wird. Bei dem Zwischenspiel mit den Pfingst-Passierscheinen war zu merken, daß man das drüben zu spüren beginnt. Es wäre zu hoffen, daß auch für die DDR-Führung die alte Weisheit gilt, wonach Einsicht der erste Weg zur Besserung ist.

(-/28.6.1979/hi/ca)

+ + +
Verantwortlich: Willi Carl

